
Hans-Peter Repnik: Die Einsicht in die Notwendigkeit von Änderungen nicht unterschätzen

Hans-Peter Repnik, geb. 1947 in Konstanz, ist stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU.

Der Dialog zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik darf nicht abreißen. Gerade in der jetzigen Zeit mit vier Millionen Arbeitslosen ist es unabdingbar, daß wir miteinander im Gespräch bleiben. Das Signal, das der IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel hierzu vor Jahresfrist mit seinem „Bündnis für Arbeit“ gegeben hat, sollte trotz der zum Teil mit großen Emotionen geführten Diskussionen weiterverfolgt werden.

Das Maßnahmenbündel, das die Bundesregierung hierzu inzwischen auf dem Tisch gelegt hat, ist von den Gewerkschaften zum Teil heftig kritisiert worden. Dennoch meine ich, daß wir auf diesem gemeinsamen Weg weitergehen müssen. Und wenn ich an die Demonstration in der vergangenen Woche zurückdenke und mir noch einmal einzelne Redebeiträge und Transparente vor Augen führe, finde ich es beeindruckend, daß es offensichtlich auch bei vielen Gewerkschaftsmitgliedern eine Einsicht in die Notwendigkeit von Änderungen gibt. Wir haben natürlich unterschiedliche Einschätzungen, was die konkreten Maßnahmen betrifft, aber zumindest scheint es eine grundsätzliche Einsicht in die Notwendigkeit von Änderungen zu geben.

Notwendige Kurskorrekturen

Die massiven Angriffe der Gewerkschaften auf das Maßnahmenpaket der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung sind für mich schwer nachvollziehbar, denn wenn man sich hierzu noch einmal den Entwurf für das neue DGB-Grundsatzprogramm ansieht, scheinen sich viele Kapitelüberschriften und zentrale Aussagen dieses Programms im direkten Einklang mit unseren Vorstellungen zu befinden. Und auch im Vorwort und im analytischen Teil gibt es eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten. Sie beschreiben zutreffend die Herausforderungen, denen sich unsere Gesellschaft gegenüber sieht. Die Gewerkschaften stellen sich dieser Verantwortung. Zustimmung möchte ich insbesondere dem von Ihnen formulierten Ziel, Arbeit zu schaffen und zu teilen, sowie der Bereitschaft, die Arbeitszeitverkürzung nicht an einen vollem Lohnausgleich zu koppeln und Möglichkeiten zur einer weitergehenden Flexibilisierung zu nutzen. Daß es hier auf der Arbeitgeberseite nach wie vor einen großen Nachholbedarf gibt, nicht zuletzt im öffentlichen Dienst, möchte ich dabei ausdrücklich konzедieren.

Ich habe bereits von einer Reihe von Gemeinsamkeiten gesprochen und möchte dies an drei konkreten Beispielen aus Ihrem Grundsatzprogramm dar-

stellen. Das erste betrifft das Ziel „Ökologisch wachsen und umsteuern“ (Seite 15 ff. des Programmentwurfs). Auch die CDU sieht die ökologische und soziale Marktwirtschaft als wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle. Wir haben daraus - auch im Hinblick auf die drohende Klimakatastrophe - die Konsequenz gezogen, daß wir unserem eigenen Grundsatzprogramm eine ökologische Komponente hinzugefügt haben. Die Wahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen muß ein zentrales Anliegen der Politik sein - auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Die Konferenzen von Rio und der Umweltgipfel in Berlin haben gezeigt, daß wir keine Chance haben, uns vor der ökologischen Verantwortung zu drücken. Die Bundesregierung ist deshalb eine konkrete Verpflichtung eingegangen, nämlich die Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 25 Prozent bis zum Jahr 2005. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Abfallwirtschaft, die bereits heute weltweit als vorbildlich gelten. Nur: Alles, was bisher beschlossen wurde, was umgesetzt wurde oder wenigstens in der konkreten Vorbereitung ist, wird nicht ausreichen, um der ökologischen Verantwortung, wie sie sich uns stellt, gerecht zu werden. Wir haben deshalb als CDU/CSU-Bundestagsfraktion im vergangenen Herbst ein Konzept zur umweltorientierten Weiterentwicklung des Steuersystems vorgestellt. Ich sage hier selbstkritisch, daß dies ein Thema ist, bei dem wir in der Fraktion, aber auch in meiner Partei, noch mitten in der Diskussion stehen. Wir sind noch nicht am Ende dieses schwierigen Diskussionsprozesses, weil es uns als Volkspartei nicht anders geht als im gewerkschaftlichen Bereich, daß wir nämlich die unterschiedlichen ökologischen, wirtschaftlichen und Arbeitsmarktinteressen austarieren müssen. Wir haben deshalb einen Stufenplan entwickelt und sind dabei, ihn Stück für Stück abzuarbeiten. Morgen beraten wir zum Beispiel im Deutschen Bundestag eine emissionsorientierte Kfz-Steuer. Wir wollen erreichen, daß das sogenannte 3-Liter-Auto für eine bestimmte Anzahl von Jahren von der Steuer befreit wird. Das heißt, wir wollen die Industrie durch Anreize motivieren. Für mich war es außerordentlich spannend zu erleben, wie sich die Industrie, nicht zuletzt auch die chemische Industrie, durch eine freiwillige Selbstbeschränkung verpflichtet hat, dieses Reduktionsziel bei CO₂ auch ohne gesetzliche Maßnahmen zu erreichen. Das ist übrigens ein Vorgang, der international ohne Beispiel ist. Es ist immer besser, wenn die Industrie oder der Bürger ohne gesetzlichen Zwang reagiert. Dort allerdings, wo die freiwillige Selbstbeschränkung nicht reicht, werden wir nicht umhinkommen, gesetzlich nachzuhelfen.

Im Entwurf für das neue Grundsatzprogramm des DGB steht: „Unser Ziel ist der Übergang von einem nachsorgenden zum vorsorgenden Umweltschutz.“ Auch dies kann ich nur mit Nachdruck unterstreichen. Aber: Wir müssen auch berücksichtigen, daß wir nicht auf einer Insel ohne Einflüsse von außen leben. Wir tragen eine ökologische und eine ökonomische Verantwortung, und deshalb haben wir zum Thema ökologische Steuerreform gesagt: Alles, was wir in diesem Zusammenhang machen, muß ökologisch wirksam,

aber zugleich auch wirtschaftsverträglich sein. Es macht keinen Sinn, wenn wir Emissionen durch entsprechende Belastungen oder Vorschriften ins Ausland exportieren und mit ihnen gleichzeitig die Arbeitsplätze. Das hilft weder der Umwelt noch den Arbeitnehmern. Deshalb ist es unabdingbar, daß wir diesen Prozeß auf europäischer und internationaler Ebene abstimmen.

Ich möchte einen zweiten Komplex ansprechen, nämlich das Ziel „Gleichwertige Lebensbedingungen in den Regionen schaffen“ (Seite 17 ff des Entwurfs). Das dieses Ziel, gerade auch vor der Hintergrund der wirtschaftlichen aber auch der ökologischen Probleme, vor denen wir insbesondere in den neuen Ländern trotz aller inzwischen erreichten Fortschritte stehen, vorrangig ist, versteht sich von selbst.

Ich möchte ein drittes Stichwort aufgreifen. Auf Seite 20 im Programmentwurf heißt es: „Den Sozialstaat durch Reformen sichern“. Das ist, auch wenn wir in Detailfragen noch so heftig miteinander streiten, auch ein Kernanliegen des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung. Die Soziale Marktwirtschaft Ludwigs Erhards hat dem ökonomischen Konkurrenzprinzip das Prinzip der sozialen Sicherung als gleichwertig an die Seite gestellt, und die CDU hat sich diesem Gedanken nicht nur in der Vergangenheit verpflichtet gefühlt, sondern wir fühlen uns ihm auch heute verpflichtet. Die Frage, vor der wir stehen, ist doch eine ganz andere, nämlich die, ob wir auch zukünftigen Generationen noch eine ausreichende soziale Sicherheit ermöglichen können, oder ob wir, dadurch, daß wir uns jetzt nicht trauen, die notwendigen Reformen anzugehen, einen Zusammenbruch, zumindest aber eine starke Belastung unseres Sozialsystems in Kauf nehmen können.

Senkung der Staats- und Abgabenquote

Alle drei Beispiele zeigen vor allem eins: So unterschiedlich, wie dies in der jüngsten Diskussion immer wieder scheint, sind unsere Positionen offensichtlich nicht. Keines der genannten Ziele - ökologischer Umbau, Aufbau Ost, Reform des Sozialstaates, Schaffung von Arbeitsplätzen - darf aber zum Selbstzweck degenerieren, sondern sie müssen im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gesehen werden. Wir dürfen dabei das Ziel nicht aus den Augen verlieren, daß die Staatsquote wieder auf ein Niveau gesenkt werden muß, wie wir es vor der deutschen Einheit hatten - also von jetzt über 50 auf 46 Prozent. Allenthalben wird beklagt, daß in Deutschland die Steuern und Abgaben zu hoch sind, und zwar nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Arbeitnehmer. Aber Steuern und Abgaben können wir nur senken, indem wir die Staatsquote reduzieren und die Ausgaben kürzen. Wir müssen das im übrigen auch schon deshalb, weil bereits jetzt jede vierte in Deutschland eingenommene Steuermark für Zins- und Tilgungsleistungen der vorhandenen Schulden verwandt werden muß.

Wir kommen also an einer Kürzung der Ausgaben nicht vorbei, und ob dies dann Steuern, Abgaben oder Beiträge für die Sozialversicherung sind, ist zweitrangig. Wir haben nur eine einzige Finanzdecke und diese Decke ist

eben nicht großzügig bemessen. Sie wird auch nicht dadurch größer, daß man sie von der einen zur anderen Ecke zieht. Verschiebebahnhöfe von der einen in die andere öffentliche Kasse sind keine Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft. Was nicht heißt, daß wir nicht ein größeren Teil der versicherungsfremden Leistungen auf mehr Schultern verteilen müssen; aber wichtiger ist ein anderes Ziel, nämlich daß wir nicht nur die Staatsquote senken, sondern daß wir auch den Gesamtsozialversicherungsbeitrag wieder unter 40 Prozent bringen. Das ist nicht nur aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit notwendig, sondern auch, um die außergewöhnlich hohe Motivation der deutschen Arbeitnehmer zu erhalten.

Die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze muß unser Hauptanliegen sein. Auch hierzu gibt es unterschiedliche Bewertungen gegenüber der SPD und Teilen der Gewerkschaften. Entscheidend für den wirtschaftlichen Aufschwung ist die Bereitschaft, in Deutschland Geld zu unternehmerischen Zwecken zu investieren. Diesbezüglich besteht eindeutig ein Defizit. Wir müssen in- und ausländisches Kapital mobilisieren, um zukunftsfähige Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen und zu erhalten, und wir müssen geeignete Rahmenbedingungen dafür herstellen, daß die Investitionen nicht vorrangig in Rationalisierungsmaßnahmen fließen. Auch das hat etwas mit Steuern und Belastungen zu tun.

Einschränkungen bei der Lohnfortzahlung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts

Ich will mich nicht vor einem ganz schwierigen Thema drücken, das den größten Dissens gegenüber den Gewerkschaften markiert: die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Wir haben uns nach langer Diskussion für eine Regelung entschieden, von der wir glauben, daß sie ökonomisch im Hinblick auf den Arbeitsmarkt geboten und sozial ausgewogen ist, nämlich für die Einführung einer Wahlmöglichkeit zwischen einem Gehaltsabzug und der Einbringung von Urlaubstagen. Wenn man weiß, daß die Lohnfortzahlung jährlich Kosten in einer Größenordnung von 60 Mrd. DM verursacht, kommt man angesichts der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft an einer Reduzierung dieser Kosten nicht vorbei. Ich bin allerdings der Meinung, daß auch die Arbeitgeber bei der Lohnfortzahlung eine Bringschuld haben. Durch verbesserte Arbeitszeitmodelle und ein besseres Betriebsklima könnte vieles im Hinblick auf den Krankenstand verbessert werden. Aber es ist unsere Aufgabe, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen.

Das zweite, ebenfalls kontrovers mit der Arbeitnehmergruppe in meiner eigenen Fraktion diskutierte Thema ist die Flexibilisierung des Arbeitsrechts. Auch dies machen wir nicht, um irgend jemanden zu ärgern. Aber wenn man weiß, daß in den letzten fünf Jahren in Deutschland Arbeitsplätze fast ausschließlich im mittelständischen Bereich entstanden sind, während in der Großindustrie Arbeitsplatzverluste zu beklagen sind, dann müssen wir durch

ein höheres Maß an Flexibilität gerade den mittelständischen Betrieben eine Chance geben, mehr Leute einzustellen und Überstunden abzubauen.

Das einvernehmlich beim Bundeskanzler zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik beschlossene Ziel, die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahr 2000 zu halbieren, also mindestens zwei Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, überträgt auch den Tarifparteien eine hohe Verantwortung. Neue Arbeitsplätze können nur geschaffen werden, wenn die heute bereits im Tarifvertragsrecht enthaltenen Flexibilisierungsmöglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Ich begrüße deshalb ausdrücklich die Formulierung des Programmwerfs, daß Flächentarifverträge so gestaltet werden müssen, „daß sie den unterschiedlichen Realitäten in den einzelnen Branchen und Unternehmen entsprechen“. Dafür gibt es zahlreiche Ansatzpunkte, und ich möchte Sie ermuntern, hiervon intelligent Gebrauch zu machen.

Nur durch gemeinsame Anstrengungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von Gewerkschaften und Politik werden wir zur Bewältigung dieser Aufgaben in der Lage sein. Verhängnisvoll, wir erleben es in diesen Tagen, wäre hingegen eine Diskussion, die bei jeder Einzelmaßnahme betont, daß gerade dieser Schritt nicht entscheidend für den Standort Deutschland und deshalb verzichtbar sei. Auf diese Weise wird aus einem Gebäude notwendiger Maßnahmen ein Steinbruch, aus dem jeder das herausreißt, was er gerade braucht.